



Natur-, Umwelt-, und Klimaschutzverein Steiermark e.V.  
Kirchweg 26 | 8051 Graz | ZVR-Nr.: 1533161612

---

An das  
Amt der Steiermärkischen Landesregierung  
Umwelt und Raumordnung  
Referat Naturschutz  
Per Email an [naturschutz@stmk.gv.at](mailto:naturschutz@stmk.gv.at)

Graz, am 23. April 2026

**Betrifft: Stellungnahme zur Biberverordnung; Begutachtung**

Bezug: GZ ABT13-339525/2025-13

Sehr geehrte Damen und Herren!

Innerhalb offener Frist erlauben wir uns, zum Verordnungsentwurf wie folgt Stellung zu nehmen:

Vorab halten wir fest, dass die Tötung von Bibern bekanntermaßen keine nachhaltig wirksame Maßnahme zur Hintanhaltung von Biberschäden ist und daher nur in besonderen Einzelfällen realisiert werden sollte.

Wir sind zudem der Auffassung, dass die im Verordnungsentwurf genannte Anzahl - 84 Biber - unseres Erachtens für die Steiermark zu hoch ist, um einen unionsrechtskonformen Schutz der Art zu gewährleisten.

Die Verordnung lässt folgende zwei Fragen offen und bringt damit Rechtsunsicherheiten für die Jägerschaft, die jedenfalls auszuräumen sind:

**Frage 1: Was kann, darf oder muss mit den erlegten Bibern passieren?**

Völlig offen bleibt die Frage, was mit den erlegten Bibern zu tun ist bzw. in wessen Eigentum die erlegten Biber übergehen. Diese Frage muss unbedingt in der Verordnung beantwortet werden. Im Entwurf steht lediglich, dass ein erlegter Biber ab dem Zeitpunkt der Meldung gemäß Abs. 2 für 48 Stunden durch die eingriffsberechtigte Person aufzubewahren ist, und dass der erlegte Biber auf Verlangen der für den Naturschutz zuständigen Abteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung zu übergeben ist. Was passiert, wenn diesbezüglich kein Verlangen des Amtes besteht? Werden Biber, die auf Basis dieser Verordnung erlegt werden, dann **wie „normales“ Wild** behandelt, in Hinblick auf Wildbret, Trophäe usw.? D. h.: Darf das Wildbret (wenn die

hygienischen Voraussetzungen gegeben sind) verwertet werden? Wer ist rechtmäßiger Eigentümer des Schädels, des Balgs, der Kelle? Ist das, in Analogie zu streng geschützten Vogelarten (z. B. Auerhahn) mit Abschussplan, die eingriffsberechtigte Person? Ist für diese Person bezüglich des erlegten Bibers dann automatisch eine Ausnahmeregelung von den Bestimmungen des Stmk. NSchG, §17, Abs. 1 gewährt?

## **Frage 2: Sind Biber als Verkehrsfallwild Teil des Kontingents nach § 6 ?**

Der § 6 „Kontingentierung“ des Verordnungsentwurfs sieht vor, dass nach Vorliegen der Voraussetzungen pro Kalenderjahr 84 Biber in der Steiermark erlegt werden dürfen.

Diese Kontingentierung basiert auf einer genauen Wildstandserfassung, in diesem Fall durch das Bibermonitoring von Gebhardt 2024. Damit sind deutliche Parallelen zu den zahlenmäßigen Vorgaben anderer Wildarten in den Abschussplänen gemäß Stmk. Jagdgesetz § 56 gegeben. Dort wird Verkehrsfallwild in das Kontingent eingerechnet. In der Biberverordnung muss daher unseres Erachtens ebenfalls festgeschrieben sein, dass jene Biber, die als Verkehrsfallwild getötet werden, Teil des zulässigen Jahreskontingents sind. Aus fachlicher Sicht würde ja, da die Quote den gesamten Zuwachs an Bibern (zumindest in der kontinentalen Region) abschöpft, andernfalls die anthropogene Mortalität zu einer Reduktion des Bestandes in der kontinentalen Region führen und wäre ein guter Erhaltungszustand nicht mehr gewährleistet.

Zudem bestehen folgende

## **Unplausibilitäten und Fehler im Verordnungsentwurf und den Erläuterungen:**

### Punkt 1: 10 Bibertötungen in der Obersteiermark, obwohl keine Konflikte auftreten

Zur Verteilung der Zahlen auf die Regionen in Anhang 1 finden sich keine fachlich plausiblen Erklärungen in den veröffentlichten Erläuterungen. Die Zahlen für die Regionen lauten: 32 für Hartberg-Fürstenfeld, 21 für Weiz & Südoststeiermark, 11 für Deutschlandsberg & Leibnitz, 10 für Graz, Graz Umgebung & Voitsberg und nochmals 10 für die übrigen 5 Bezirke (BM, LN, MT, MU, LI). Diese Zahlen sind fachlich nicht nachvollziehbar. Von knapp 197 Beratungen, die seitens der Biberberatung 2022-2024 durchgeführt wurden, waren nur 3 in den Bezirken Bruck/Mur, Leoben, Murtal, Murau und Liezen. Warum in diesem Raum, in dem praktisch keine Biberkonflikte auftraten, daher die Möglichkeit des Tötens von 10 Bibern erforderlich ist, erschließt sich nicht. Hier wären entsprechende Erklärungen in den Erläuterungen oder eine Änderung der Zahl notwendig.

Punkt 2: Die finanziellen Auswirkungen sind falsch dargestellt

Der Absatz in den Erläuterungen zu „Finanzielle Auswirkungen auf den Landeshaushalt und andere öffentliche Haushalte“ lautet:

*„Die beabsichtigte Regelung hat voraussichtlich folgende Auswirkungen:*

*Der Landeshaushalt wird durch das Monitoring, die Prävention, die Dokumentation und Kontrolle mit insgesamt etwa € 365.000, aufgeteilt auf die Jahre 2026 bis 2031, belastet.“*

Pro Jahr werden zwischen 20.000 und 70.000 Euro veranschlagt. Aus dem Verordnungstext geht hervor, dass Monitoring, die Prävention, die Dokumentation und Kontrolle weiterhin vorgesehen sind. Wir gehen daher davon aus, **dass die Verordnung daher keine Einsparungen bringt**. Ist das korrekt? Dann ist nicht nachvollziehbar, warum unter der Überschrift „Beitrag zu Wirkungsziel im Landesbudget“ steht, dass das Vorhaben einen Beitrag zum Globalbudget-Wirkungsziel „Fauna und Flora in der Steiermark sind bestmöglich erhalten“ leistet.

Ein **offensichtlicher Fehler** ist auch, dass die wissenschaftlich klar belegten **positiven Wirkungen des Bibers** zur Erreichung der Ziele, die sich aus der Verordnung (EU) 2024/1991 über die Wiederherstellung geschädigter Ökosysteme („**Wiederherstellungsverordnung**“) ergeben, **nicht in die finanziellen Auswirkungen eingepreist** sind. Der Betrachtungszeitraum erstreckt sich bis 2031, und bis spätestens 2030 müssen auf mindestens 20 % der Landesfläche Wiederherstellungsmaßnahmen eingeleitet werden. Wenn, wie in den Erläuterungen ausgeführt, die gesamte Zuwachsrate des Bibers in der kontinentalen biogeographischen Region getötet wird, bedeutet das einen deutlichen Verlust an Renaturierungspotenzial durch den Biber in dieser Region, der durch entsprechende finanzielle Aufwendungen Seitens des Landes Steiermark kompensiert werden muss.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Werner Holzinger e.h.

Obmann des NUKV, im Namen des Vereins